



Deutsche Waffen, deutsches Geld ...

Über die Rolle der deutschen Politik

Die schlechten Nachrichten zuerst. Die Waffenexporte steigen unaufhörlich, noch nie wurden so viele Rüstungsgüter exportiert wie in den letzten vier Jahren. Sigmar Gabriel, der noch im Wahlkampf 2013 gegen Waffenexporte wettete, hatte dann als Wirtschaftsminister mehr Exportgenehmigungen zu verantworten als jeder andere Minister vor ihm. Im Jemen wird mit deutschen Waffen getötet, in Syrien, in Mexiko – auch blutigste Kriege und schlimmste Menschenrechtsverletzungen können den Siegeszug der deutschen Waffenschmieden nicht stoppen. Selbst nach dem völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei in Nordsyrien verkauft Deutschland weiter hemmungslos Waffen an die Türkei. Das alles klingt sehr nach dem Satz, den Franz-Josef Strauß mal gesagt haben soll: „Wie, keine Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete? Wohin denn sonst?“ Das ist brutal, aber auch sehr klarsichtig. Waffen werden gekauft, um Kriege zu führen, zu schießen und zu töten.

Die Gründe für den stetigen Anstieg der Waffenverkäufe sind vielschichtig. Zum einen ist da ein Genehmigungsverfahren, das so gut wie keine Grenzen setzt. Haben Sie auch geglaubt, es gäbe ein Ver-

bot, Waffen in Kriegs- und Krisenregionen zu verkaufen? Ich dachte über viele Jahre, das wäre ein zentraler Grundsatz in Deutschland. Ist es aber nicht, eine solche Regelung gibt es nicht und gab es nie.

Es gibt auch kein Verbot, Waffen an Menschenrechts- oder Völkerrechtsverletzer zu verkaufen. Ja, Menschenrechte sind als ein Kriterium in den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung zum Export von Kriegswaffen“ ausdrücklich erwähnt. Aber eben nur als ein Kriterium von vielen, die gegeneinander abgewogen werden. In der Praxis hat das eine ganz schlichte Konsequenz: Am Ende verlieren immer die Menschenrechte, fast alle Exportanträge werden genehmigt. In Zahlen ausgedrückt: Von rund 12.000–15.000 Ausfuhranträgen im Jahr werden gerade mal 100 (in Worten: Hundert) abgelehnt, alles andere wird durchgewunken. „Besondere außenpolitische Interessen“ wiegen halt schwerer als Pressefreiheit und Demokratie.

Nur ein Beispiel, wie löchrig die Regelungen tatsächlich sind: Bei Waffenexporten unterscheidet die Bundesregierung zwischen EU- und NATO-Staaten auf der einen Seite und sogenannten Drittstaaten.

In letztere sollen nach den „Politischen Grundsätzen“ nur in Ausnahmefällen Kriegswaffen geliefert werden. Liest sich auf dem Papier ganz gut, in der Praxis ist davon aber leider gar nichts zu sehen: Mittlerweile gehen weit mehr als die Hälfte aller Rüstungsexporte an Länder außerhalb von EU und NATO. Keine Ausnahme sondern die Regel. Und alles legal. Wer trotz alledem immer noch behauptet, die „Politischen Grundsätze“ seien restriktiv, wenn man sie nur richtig anwenden würde, hat das Kleingedruckte nicht gelesen.

Dazu kommt, dass die Bundesregierung selbst ein erhebliches Interesse an bestimmten Rüstungsausfuhren hat. Natürlich spielen auch wirtschaftliche Interessen und der Druck der Rüstungslobby eine Rolle – bei einigen Deals geht es immerhin um Milliardensummen. Aber diese Regierung setzt genauso wie alle ihre Vorgängerinnen auf Waffenexporte als Mittel der Außenpolitik, zur Beziehungspflege. Ländern wie Saudi-Arabien oder der Türkei, auf die deutsche Regierungen seit Jahrzehnten als strategische Partner setzen, werden nur ungern Waffenexporte verweigert, um die guten Beziehungen nicht zu gefährden. Menschenrechte spielen dann keine Rolle mehr.



Vor diesem Hintergrund ist nicht zu erwarten, dass die neue Bundesregierung (von „Großer Koalition“ mag ich gar nicht sprechen, so wie die zusammengeschrumpft sind) von sich aus hier etwas ändern wird. Mit einer Küsten-SPD, die ihre Werften mit Rüstungsprojekten am Leben halten möchte. Mit einem Volker Kauder, der in seinem Wahlkreis über Heckler & Koch wacht. Mit einer Kanzlerin, die ihre Auslandsreisen kühl-berechnend nutzt, um große Waffendeals einzufädeln.

Und doch bin ich optimistisch. Seit Jahren werden die Proteste und Skandale immer lauter, und sie beginnen, Wirkung zu zeigen. Es gibt erste Risse in der SPD und sogar in Teilen der CDU. Unser erstes Ziel ist ein Verbot des Exportes von sogenannten Kleinwaffen, von Sturmgewehren, Handgranaten, Panzerfäusten. Diese Waffen, so hat es Kofi Annan einmal gesagt, sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit. Denn tatsächlich wird die große Mehrheit der Opfer in den heutigen Kriegen nicht durch Raketen oder Panzer getötet, sondern durch diese sogenannten Kleinwaffen. Gerade aus der Perspektive der Opfer ist ein Kleinwaffenexportverbot dringend notwendig. Und auch wenn es Sie jetzt überrascht: Ich bin mir sicher,

dass wir so ein Verbot mit vereinten Kräften in den nächsten Jahren auch durchsetzen können.

Es zeigen sich bereits erste Risse in den konservativen Parteien. Wer hätte denn vor wenigen Jahren gedacht, dass eine Koalition aus SPD und Union sich auf eine Regelung einigen würde, nach der es keine Neuzulassungen von Waffenexporten an die Staaten geben wird, die im Jemen Krieg führen. Ja, diese Bestimmung ist mehr als löchrig, und die neue Regierung sucht bereits nach allen möglichen Schlupflöchern, um sie zu auszuhebeln. Aber die Tatsache, dass so eine Regelung überhaupt Eingang in einen konservativen Koalitionsvertrag gefunden hat, lässt aufhorchen. Auch auf anderen Ebenen gerät die Waffenindustrie unter Druck. So beginnt im Mai in Stuttgart der Prozess gegen Heckler & Koch wegen möglicher illegaler Waffenverkäufe nach Mexiko. Gegen den direkten Konkurrenten Sig Sauer wurde im April Anklage erhoben, mit ähnlichen Vorwürfen. Nach vielen Jahren des Protestes, im Parlament und außerhalb, nach unzähligen Skandalen und einer weiterhin hohen Medienaufmerksamkeit kommt langsam etwas in Bewegung.

Jetzt liegt es an uns, daraus auch eine Bewegung zu formen. In der „Aktion Aufschrei“ sind seit einigen Jahren viele große und kleine Initiativen aktiv und tragen das Thema in die Öffentlichkeit. Am 21. Mai startete der große Staffellauf gegen Rüstungsexporte durch (fast) ganz Deutschland. Die Zeit ist reif für eine neue, breite Bewegung für Frieden und Abrüstung, sie könnte sich gerade an den Rüstungsexporten entzünden, denn Rüstungsfirmen gibt es überall in Deutschland, die Waffen werden über diverse Häfen und Flughäfen in alle Welt verschafft – es gibt viele, viele Orte für bunte und kreative Aktionen. Nutzen wir sie!



Jan van Aken
ist Politiker
und IPPNW-
Beiratsmitglied.